

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4911

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4911



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 6. 10. 2024

Inhalt

Es geht um Kinder und Jugendliche, nicht um Strukturen und mehr Geld	1
4. Oktober 2024, Marianne Wüthrich	1
«Diese Schüler sind abgelöscht»	4
NZZ, 3. Oktober 2024, Schweiz, Daniel Gerny und Erich Aschwanden	4
Umfrage über inklusive Schule «Die Leistungen werden immer schlechter»	7
Sonntagszeitung, 29. September 2024, Nadja Pastega	7
Kantonsrat will Lehrpersonen entlasten	9
Tages-Anzeiger, 1. Oktober 2024, Zürich, Pascal Unternährer	9
«Ich wäre für ein Handyverbot»	10
Tages-Anzeiger, 25. September 2024, Zürich, Nina Fargahi und Fabienne Sennhauser	10
Keine falsche Pädagogik, sondern die Absenz jeglicher Pädagogik.....	13
Condorcet Bildungsperspektiven, 30. September 2024, Alain Pichard	13
Die Lernprozesse sind's, nicht die Strukturen!.....	16
Journal 21, 29. September, Carl Bossard	16
Veranstaltungshinweise	18
Digitale Hilfsmittel an den Schulen – nicht zu früh und mit Augenmass	18
Starke Volksschule Zürich, 4. November 2024	18
Gewalt und Mobbing in der Schule - braucht es ein	19
Fach Empathie?	19
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 20. November 2024	19

Es geht um Kinder und Jugendliche, nicht um Strukturen und mehr Geld

4. Oktober 2024, Marianne Wüthrich

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: In der integrativen Schule, wo alle Kinder im selben Schulzimmer sitzen, ist eine gute Bildung für alle nicht möglich und die Lehrkräfte reiben sich auf. Dies bestätigt eine brandaktuelle Umfrage der *Starken Schule beider Basel*, die durch die Schweizer Medien ging. Immer mehr Lehrer und andere Bürgerinnen fordern neue Lösungen, um möglichst allen Kindern gerecht zu werden. Aber lesen Sie die eindeutigen Resultate der [Umfrage](#) selbst.

Pädagogische Fragestellung im Zentrum

Bei der Einrichtung von Klein- oder Förderklassen darf es nie darum gehen, «störende» Schüler loszuwerden. (Übrigens: Manch ein Kind hört auf, sich negativ bemerkbar zu machen, wenn es in einer adäquaten Lernsituation von seiner Lehrerin erfasst wird und mit ihrer Hilfe einen konstruktiven Weg zum Lernen findet.) Im Zentrum muss immer die pädagogische Frage stehen: Was benötigt das einzelne Kind? Wie kommt es in seiner schulischen und persönlichen Entwicklung voran?



Dieser Ansatz kommt allen Beteiligten zugute: Auch den Kindern in der Regelklasse und den Lehrern, die lieber unterrichten als coachen wollen und wissen, dass sie damit unendlich viel mehr bewirken können.

Im NZZ-Interview gibt der erfahrene Basler Primar- und Kleinklassenlehrer Felix Christ pädagogisch fundierte und menschlich überzeugende Antworten zum Problemkreis Integrative Schule / Kleinklassen. Auch den Nutzen und die Gefahren digitaler Geräte in der Volksschule ordnet er in seine Überlegungen ein.

Auch in weiteren Texten unserer Sammlung geht es um die zentrale Frage: Was braucht es, damit an unserer Volksschule eine gute Bildung für alle Kinder gewährleistet ist? Bei der Lektüre anderer Artikel denkt man unwillkürlich: Und welche Diskussionen lenken eher vom Wesentlichen ab? Wenden wir uns zuerst der zweiten Frage zu.

Diskussion um zeitliche Entlastung der Lehrkräfte verdeckt tieferliegende Probleme

Um die zeitliche Entlastung der Lehrkräfte ging es kürzlich im Zürcher Kantonsrat. Der Rat sprach ein paar Stunden mehr Zeit für die Vorbereitung des Unterrichts. Für mich als ehemalige Lehrerin spricht im Prinzip nichts dagegen, braucht man doch ohnehin viel mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung, als man bezahlt bekommt. Bildungspolitiker Marc Bourgeois erinnerte jedoch richtigerweise daran, dass die Probleme der Schulen tiefer liegen und nicht mit mehr Zeit oder Geld aus der Welt zu schaffen sind. Auch Carl Bossard kritisiert in seinem Artikel den undifferenzierten Ruf nach «mehr Geld, mehr Ressourcen», wie er auch von den Spitzen der Lehrer- und Schulleiterverbände zu hören ist.

Notwendige Richtigstellungen zur Zürcher Bildungsdirektorin

Ein anschauliches Beispiel für die Ablenkung vom Wesentlichen liefert Bildungsdirektorin Silvia Steiner mit ihren Äusserungen im Tages-Anzeiger zum Thema Kleinklassen («Ich wäre für ein Handyverbot»). Sie und andere Bildungsverantwortliche wollen «ghaue oder gstoche» nicht zugeben, dass die Schulreformen der letzten Jahrzehnte ein Riesendesaster sind – also versucht man, die Bürgerinnen und Bürger an der Nase herumzuführen. Mit der Richtigstellung der grössten Böcke wenden wir uns gleichzeitig der Frage zu, welche Chance eine Kleinklasse für ein Kind bedeuten kann.

- **Kleinklassen seien teurer und bräuchten mehr Lehrkräfte:** Es stimmt zwar, dass wir heute nicht sicher wissen können, ob die Förderklasseninitiative kostenneutral umgesetzt werden kann. Aber das darf kein Argument sein, wenn es um eine gute Bildung und eine gedeihliche Zukunft für unsere Jugend geht. Wenn man ausserdem dabei hat, was die fragwürdige Total-Digitalisierung der Volksschule kostet, sind allfällige Mehrkosten für Förderklassen ein Klacks.
- **Behindertengleichstellungsgesetz und «UNO-Kinderrechtskonvention» (richtig: UNO-Behindertenrechtskonvention!) würden die Platzierung von Kindern in separaten Klassen verbieten.** Auch die stete Wiederholung macht diese Fehlinterpretation nicht wahrer. Weder im Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes noch im kantonalen Volksschulgesetz wird die ausschliessliche Integration / Inklusion aller Kinder vorgeschrieben. Immer wird miteinbezogen, dass für die optimale Bildung des einzelnen Kindes ein separatives Bildungsangebot erforderlich sein kann. Dies ist auch der Sinn und Geist der Unesco-Erklärung von Salamanca von 1994 und des Übereinkommens der Uno über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.
- **Separation sei «wie ein lebenslanges Verdikt»** – will heissen, die Kinder würden ihr Leben lang unter der «Ausgrenzung» leiden. Das ist ein starkes Stück (besonders wenn man weiss, dass Frau Steiner weder eine Ausbildung noch Berufserfahrung als Lehrerin vorweisen kann). Felix Christ stellt richtig: «Wenn man glaubt, mit der Abschaffung der Kleinklassen beseitige man die Stigmatisierung, lügt man sich in die eigene Tasche. Für die meisten



Kinder, die sich in der Schule schwertun, ist es in der Regelschule viel härter. Hier sind sie erst recht die Aussenseiter.»

- **«Schulinseln» oder «erweiterter Lernraum» als Patentlösung:** In Wirklichkeit ist das wiederholte Abschieben von «schwierigen» Kindern in eine Aufbewahrungsstelle, wo von einer ruhigen Lernsituation und einem angeleiteten Lernen nicht die Rede sein kann, eine reine Verzweiflungstat. Sie demonstriert geradezu den dringenden Bedarf nach pädagogisch motivierten Lösungen.
- **Jugendliche aus Kleinklassen könnten in der Berufsbildung nur schwer integriert werden.** Auch diese Behauptung wird durch häufige Wiederholung nicht richtiger, wurde sie doch durch zahlreiche erfahrene Oberstufen- und Berufsschullehrkräfte längst widerlegt. Felix Christ berichtet im NZZ-Interview, dass für seine Schüler *immer(!)* gute Anschlusslösungen möglich waren, weil sie gezielt gefördert werden konnten und weil die Bereitschaft der Arbeitgeber gross war, die gut vorbereiteten Kleinklassenschüler zu übernehmen.

Gerade für leistungsschwächere Jugendliche ist die duale Berufsbildung ein Segen. In meinen Berufsschulklassen traf ich immer wieder auf frühere Lernversager, die unter kundiger Anleitung im Betrieb und in der Schule aufblühten und beste Leistungen erbrachten. Eine KV-B-Schülerin aus der Sek C war zum Beispiel Klassenbeste und absolvierte später die BMS – und wie sie ihren Mitschülerinnen geduldig knifflige Buchhaltungsaufgaben erklärte, war eine Freude! Eine Elektropraktikerin aus der Sonderschule schloss nach Sprachaufenthalt in der Romandie und in England eine KV-Lehre mit Spitzenresultaten ab.

Worauf es in der Pädagogik wirklich ankommt

Damit kommen wir zur zweiten Frage: Was braucht es, damit an unserer Volksschule eine gute Bildung für alle Kinder gewährleistet ist? Mit den tieferliegenden pädagogischen Fragen befassen sich in dieser Textsammlung neben Felix Christ auch Alain Pichard und Carl Bossard.

Alain Pichard hat im Condorcet-Blog das Referat der Basler Pädagogin und Primarlehrerin Christine Staehelin an der Veranstaltung der Ostschweizer Kinderärzte in St. Gallen vorgestellt. In deren Fortbildungsreihe ging es diesmal um ein Thema aus dem Bildungsbereich, nämlich die Gegenüberstellung «Lerncoach oder Bandenchef». Die Referentin ordnete die Rolle des Lerncoach in die herrschende Bildungsideologie ein und erinnerte daran, dass dieser in Verbindung mit dem individualisierten, selbstorganisierten Lernen der Schüler auftritt. Was die Individualisierung für die Schüler wirklich bedeutet, schilderte Staehelin in alarmierender Klarheit: Die Schule gibt damit ihre Verantwortung für die Bildung der ihr anvertrauten Kinder an diese selbst ab und tut so, als ob die Schüler frei über ihr Lernen entscheiden könnten. In Wirklichkeit ist dies in keiner Weise der Fall – sie werden durch den Lerncoach gesteuert, aber nicht pädagogisch angeleitet und unterrichtet. Im Klartext wird unsere Jugend im Stich gelassen und ihr Recht auf Bildung einer nicht menschengerechten Ideologie geopfert. Aber lesen Sie die scharfsinnigen und zugleich bedrückenden Ausführungen von Christine Staehelin selbst.

Das Schlusswort überlassen wir Carl Bossard, der klarstellt, dass unsere Schulmisere nicht mit Strukturreformen behoben werden kann. Vielmehr müssten wir uns «auf den Kern der Schule, auf lernwirksames Unterrichten», besinnen. Der Autor beschreibt auf seine ureigene Weise die «Tiefenmerkmale der Lernprozesse». Das kann man nicht zusammenfassen – geniessen Sie die Lektüre dieses Artikels, der unseren Blick wieder auf eine gedeihliche Zukunft richtet. Oder mit Bossards Worten: «Suivons la route!»

Viel Freude bei der Lektüre wünscht Ihnen

Marianne Wüthrich



«Diese Schüler sind abgelöscht»

NZZ, 3. Oktober 2024, Schweiz, Daniel Gerny und Erich Aschwanden

Der ehemalige Lehrer Felix Christ sagt im Gespräch mit Daniel Gerny und Erich Aschwanden, mit der integrativen Schule könne man die Stigmatisierung von lernschwachen Schülern nicht beseitigen. Es sei oft auch nicht so, dass die guten Schüler die schlechten mitzögen

Das baselstädtische Kantonsparlament hat bei der integrativen Schule eine Kehrtwende beschlossen. Nachdem Kleinklassen vor über zehn Jahren vollständig abgeschafft worden sind, können Schulen für Kinder mit Lernschwäche und Lernstörungen wieder Förderklassen einführen. Auslöser war eine Volksinitiative aus Schulkreisen. Felix Christ, der ein Berufsleben lang als Primar- und als Kleinklassenlehrer tätig war, ist nicht überrascht. Man sei bei der integrativen Schule schlicht von falschen Prämissen ausgegangen, sagt er. Christ hat die Volksinitiative zur Wiedereinführung der Förderklassen unterstützt.

Herr Christ, derzeit wird intensiv über ein Verbot von Smartphones an Schulen gesprochen. Was halten Sie davon?

An meiner früheren Schule sind sie schon heute verboten, zumindest in den ersten Primarschuljahren. Und ich halte das für richtig.

Wieso?

Die Kinder sollen sich in der Pause körperlich bewegen. Und wenn sie am Smartphone sind, tun sie das eher nicht. Das ist für mich der wichtigste Grund.

Es gibt also noch andere Gründe?

Bevor es dieses Verbot gab, haben ältere Schüler den jüngeren ungeeignete Inhalte – auch Pornos – gezeigt. Seither sind Smartphones zu Schulzeiten auf dem Gelände meiner damaligen Schule verboten. An anderen Schulstandorten gibt es ähnliche Regeln.

Das heisst, solche Geräte haben an Schulen nichts verloren?

So weit würde ich nicht gehen. Erstens spreche ich von der Primarschule. Und zweitens kann es im Sachunterricht durchaus sinnvoll sein, wenn die Kinder diese Geräte zur Recherche verwenden. In Basel werden alle Schülerinnen und Schüler ab der vierten oder fünften Klasse mit einem Tablet ausgerüstet.

Ist das eine gute Entwicklung?

Ob der Output dadurch qualitativ besser und der Lerneffekt grösser wird, kann ich nicht beurteilen. Aber die Kinder sind topmotiviert. Und Begeisterung ist das Wichtigste, wenn man Schülerinnen und Schüler unterrichten will.

Vor allem in den skandinavischen Ländern mehren sich die kritischen Stimmen.

Kritisiert wird vor allem, dass die Kinder nicht mehr mit der Hand schreiben können, sondern nur noch tippen. Das wäre in der Tat keine gute Entwicklung. Aber bei uns ist das anders. Hier muss man beides können. Es geht darum, den Umgang mit der Digitalisierung zu lernen, und zwar unter Anleitung. Darum kommt die Schule heute einfach nicht mehr herum – auch wenn es sie extrem fordert.

Inwiefern?

Es braucht Zeit, und die Zahl der Lektionen ist beschränkt. Wenn die Schule immer mehr Aufgaben übernehmen muss, kommt notwendigerweise anderes zu kurz.

Was kommt zu kurz?

Jede Fachlehrperson findet natürlich, ihr Fach leide am meisten. Aber ich würde sagen: das Üben. Viele Kinder gehen ins Sporttraining oder in den Musikunterricht und üben zu Hause bestimmte Sachen. Dieses Einüben von Fertigkeiten ist notwendig, um am Wochenende beim Match oder am Konzert glänzen zu können. Warum gilt dieses Prinzip überall, nur in der Schule nicht?

In Basel-Stadt ist die integrative Schule zurzeit ein grosses Thema. Das Kantonsparlament hat beschlossen, wieder Förderklassen einzuführen. Ist die integrative Schule gescheitert?



Es scheint so. Und ich bin darüber nicht wirklich erstaunt. Ich habe mir schon bei der Einführung vor rund zwanzig Jahren gedacht: Wenn das nur gut kommt mit der integrativen Schule.

Welches waren Ihre Bedenken?

Ich war der Meinung, dass man wohl von falschen Prämissen ausgeht: nämlich von der Annahme, dass es für lernschwache Kinder in jedem Fall besser sei, wenn sie die Regelklasse besuchen. Häufig führt aber das erst recht zur Stigmatisierung.

Weshalb?

Ich habe lange als Kleinklassenlehrer gearbeitet. Weder für die Schülerinnen und Schüler noch für die Eltern war die Stigmatisierung dort je ein grosses Thema. Auch im Berufsleben gab es kaum Probleme – wir haben immer gute Anschlusslösungen gefunden. Denn wir konnten die Kinder gezielt fördern und für den Arbeitsmarkt fit machen. Auch die Bereitschaft der Arbeitgeber war gross, unsere gut vorbereiteten Kleinklassenschüler zu übernehmen.

Das muss mit der integrativen Schule nicht zwingend schlechter funktionieren.

Doch. Wenn man glaubt, mit der Abschaffung der Kleinklassen beseitige man die Stigmatisierung, lügt man sich in die eigene Tasche. Für die meisten Kinder, die sich in der Schule schwertun, ist es in der Regelschule viel härter. Hier sind sie erst recht die Aussenseiter.

Das müssen Sie erklären.

In den ersten Schuljahren, wenn die Noten noch keine grosse Rolle spielen, mag das funktionieren. Aber dann werden sie von den Überfliegern in der Klasse regelrecht abgehängt. Sie konkurrieren mit Schülerinnen und Schülern, die mich, ihren Lehrer, zum Schluss sogar im Schach geschlagen haben. Jeden Tag wird es ihnen vor Augen geführt: Sie sind schwach, sie sind die Schlusslichter, sie erfüllen die Erwartungen nicht. Und mit jeder Note wird das auch noch schwarz auf weiss dokumentiert. Ich musste Zeugnisse schreiben, bei denen mir nur noch zum Heulen zumute war. Kein Wunder, sind diese Schüler demotiviert und abgelöscht.

Ist es nicht so, dass die guten Schüler die schlechteren mitziehen können?

In einer Klasse in einem Quartier mit Familien, von denen die meisten Deutsch als Muttersprache sprechen und einen guten Bildungshintergrund haben, kann das funktionieren. In solchen Klassen ist das Integrationspotenzial gross. Die Realität an den meisten Schulen sieht aber anders aus. Hier sind die Lehrpersonen mit einer riesigen Bandbreite von Kindern konfrontiert. Nicht nur die Fähigkeiten sind sehr unterschiedlich. Sondern auch die Herkunft, das soziale Umfeld, die Sprache, das Verständnis von Schule oder die Verhältnisse in den Familien. In normalen Klassen gibt es nicht einfach die guten Schüler, die die anderen mitziehen.

Aber lernschwache Kinder werden ja von Heilpädagogen und anderen Fachleuten unterstützt.

Das kann schulisch im besten Fall gröbere Defizite etwas ausgleichen. Aber die Stigmatisierung wird dadurch eher noch verstärkt: Die Klassenkameraden sehen ja, wer in den Deutsch-Förderunterricht oder zur Krisenintervention muss. So macht man Lernschwäche sichtbar. Und das ist auch nicht gut für den Rest der Klasse.

Weshalb?

Die Unzahl von Lehrpersonen, Heilpädagogen und Fachleuten sorgt für Unruhe. Es ist ein ständiges Kommen und Gehen von Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen. Je nachdem, wer sich gerade in der Klasse befindet, verändert sich die Dynamik. Das erschwert es enorm, eine Klasse zu unterrichten. Darunter leiden lernschwache Kinder am meisten.

Aber ist es nicht beschönigend, wenn man sagt, im alten System ohne Kleinklassen habe es keine Stigmatisierung gegeben?

Das behaupte ich auch nicht. Natürlich gab es das auch. Aber es war sicher nicht so prägend, wie dies heute der Fall ist.

Dennoch schwingt bei Kleinklassen immer der Beigeschmack von Erfolglosigkeit mit.

Das klingt vielleicht für Sie so. Aber wenn man alle Kinder gleich behandelt, besteht die Gefahr, dass man sie auch über denselben Leisten schlägt. Ein Lehrerkollege hat mir vor vielen Jahren von



einem Knaben erzählt, der schulisch in der Klasse nicht gerade den Ton angab. Auf dem Fussballplatz aber war er unschlagbar, ein richtiger Leader. Jahre später wurde er zu einem bekannten Profi. Natürlich kann nicht jedes Kind Fussballprofi werden. Aber die Geschichte zeigt: Nicht alle Kinder blühen im gleichen Setting auf.

Wieso kommen eigentlich alle Studien zu dem Schluss, dass die integrative Schule ein Erfolg ist?

Ich glaube, das liegt daran, dass alle Entscheidungsträger im Bildungsbereich gute Schüler waren. Das sind Pädagogen, Heilpädagogen, Juristen und andere Akademiker. Sie wissen gar nicht, wie sich das anfühlt, wenn man mit dem Rücken zur Wand steht. Wie es ist, wenn man zu den Schlechtesten in der Klasse gehört.

Wie kann man denn in Kleinklassen das Potenzial fördern?

Es gibt sie ja seit über zwanzig Jahren nicht mehr, deshalb kann ich nur von damals erzählen. Erstens nahm das Üben und Repetieren viel mehr Raum ein. Zweitens setzte man die Schwerpunkte anders. Fremdsprachen spielten damals nur eine marginale Rolle, dafür war das Handwerkliche viel wichtiger. Übrigens durchaus auf hohem Niveau: Wir haben damals nicht einfach ein bisschen gebastelt, sondern die Schüler haben beispielsweise gelernt, wie man eine Dampfmaschine baut.

Eine Rückkehr zur Kleinklasse von früher wird es nicht geben. Wie muss sich die Schule weiterentwickeln?

Die integrative Schule ist nicht das einzige Problem. Heute sind die Kinder sechs Jahre lang in der gleichen Klasse. Das ist zu lange. Man könnte den unterschiedlichen Leistungsniveaus gerecht werden, indem man sie anhand von Anforderungen, die erfüllt sind oder nicht, auf verschiedene Klassen aufteilt. In den ersten beiden Klassen steht die Sozialisation, das Miteinander im Mittelpunkt. Doch dann entwickeln sich die Leistungsniveaus sehr unterschiedlich. In der 5. und 6. Klasse geht es dann ans Eingemachte.

Wie zeigt sich das?

Die Zahl der Tests und die Vorbereitungszeit dafür steigt. Es gibt Wochen, da ist die Prüfungsdichte schlicht zu hoch – für Schüler und auch für die Lehrpersonen. Diese müssen diese Prüfungen heute so durchführen, dass sie rekursfest sind.

Kommen solche Rekurse wirklich häufig vor?

Es ist nicht Alltag, aber im Unterschied zu früher gibt es das. Für viele Lehrpersonen ist das eine zusätzliche Belastung – auch wenn die Erfolgsquote dieser Rekurse gering ist. Generell ist die Anspruchshaltung der Eltern grösser geworden.

Inwiefern?

Vor allem Eltern mit hohen Ansprüchen, auch Expats, treten manchmal sehr fordernd auf. Ein Beispiel war eine Mutter, die anlässlich eines Elterngesprächs sagte: Ich habe Ihnen eine To-do-Liste zu Ihrer Unterstützung mitgebracht . . .

Warum ist das so?

Die Eltern stellen das Wohl ihres eigenen Kindes immer in den Mittelpunkt. Das kann bizarre Formen annehmen: Ein Vater, der vom Lehrer darauf aufmerksam gemacht wurde, dass sein Sohn ständig zu spät kommt, reagierte darauf mit der Bemerkung: Haben Sie noch nie etwas von der akademischen Viertelstunde gehört? Er meinte das nicht als Witz . . .!

Andererseits beklagen sich viele Lehrerinnen und Lehrer darüber, dass den Schülern der Respekt fehle.

Auch das ist ein Problem. Schüler aus bestimmten Ländern beleidigen vor allem Junglehrerinnen mit Verbalinjurien oft auch unter der Gürtellinie. Zweimal wurde ich in solchen Situationen gerufen, um der Lehrerin den Rücken frei zu halten, bis sich die Situation beruhigt hatte. Meine Erfahrung ist allerdings, dass es mit klaren Regeln meistens klappt. Ich habe jahrelang Fussball-Schülermeisterschaften gepfiffen. Die gleichen Flegel, die in der Klasse gross auftrumpften, haben sich auf dem Spielfeld prima an die Vorschriften gehalten. Gelbe Karte, rote Karte – das funktioniert.



Umfrage über inklusive Schule «Die Leistungen werden immer schlechter»

Sonntagszeitung, 29. September 2024, Nadja Pastega

In einer Umfrage bei 664 Lehrpersonen fällt die Kritik vernichtend aus: Die Integration von renitenten Schülern und Kindern mit Lernbehinderungen senkt das Leistungsniveau ganzer Klassen. ([Zur Umfrage der Starke Schule beider Basel](#))

In Kürze:

- Die Integration aller Schüler mit besonderen Bedürfnissen bringt Lehrpersonen und ganze Klassen an ihre Grenzen, zeigt eine Erhebung im Raum Basel.
- Über 70 Prozent der Lehrer berichten von stark störenden Schülern in Regelklassen.
- Schüler mit hohem Betreuungsbedarf beeinflussen die Leistung der Klasse weniger stark.
- Rund 90 Prozent der Befragten fordern Anpassungen im derzeitigen Inklusionssystem.

Begabte Schülerinnen, lernbehinderte Kinder, verhaltensauffällige Störenfriede, Jugendliche mit psychischen Problemen – sie alle sollen zusammen in einer Klasse unterrichtet werden. Das war das grosse Bildungsversprechen, als 2004 in der Schweiz das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft trat. «Inklusion» heisst das Konzept. Kein Kind soll ausgegrenzt werden. Tönt gut. Da kann niemand dagegen sein. Doch der Schulalltag sieht anders aus.

Die inklusive Schule bringt viele Lehrpersonen und ganze Klassen an die Grenze. Das zeigt eine Erhebung des Vereins Starke Schule beider Basel. An der Umfrage nahmen neben 122 Eltern, Schulleitern und Bildungspolitikern auch 664 Lehrerinnen und Lehrer teil und gaben Einblicke in ihre Schulzimmer.

Unterricht wird «ein Ding der Unmöglichkeit»

Eine Lehrperson berichtet von einer Regelklasse mit dreiundzwanzig Kindern, in der zwei gehörlose Schüler, drei Kinder, die noch nicht schulreif sind, zwei traumatisierte Kinder und ein Kind mit frühkindlichem Autismus sitzen. Eine solche Klasse zu unterrichten, so das Fazit des Lehrers, sei «ein Ding der Unmöglichkeit». So werde man niemandem gerecht, weder den Kindern mit Beeinträchtigungen noch dem Rest der Klasse.

Ein anderer Lehrer setzt folgendes SOS-Zeichen ab: «Die Leistungen werden immer schlechter. Der Anteil der zu integrierenden Schülerinnen und Schüler ist zu hoch, sodass man zu wenig schnell und tief in die Themen eindringen kann. Oft muss man an den Basics arbeiten, weil bei vielen selbst diese nicht sitzen.»

Über 300 Kommentare gingen im Rahmen der Umfrage ein – zum Beispiel diese Rückmeldung einer Lehrperson: «Diese Pseudo-Integration von Kindern, denen in der Regelklasse die Handicaps nur noch stärker vor Augen geführt werden, die den Unterricht in hohem Masse stören und den Arbeitsaufwand für die Lehrpersonen massiv erhöhen, sind kein Gewinn für die Schule.»

Im Rahmen der Erhebung wurden verschiedene Aspekte zur Integration an den Schulen erhoben. Die Fragen und Resultate im Einzelnen:

«Hat die Integration von verhaltensauffälligen Schülern und Schülerinnen, die den Unterricht in Regelklassen häufig und stark stören, einen Einfluss auf das Leistungsniveau der Klasse?»

Über diese Frage streiten sich seit längerem die Theoretiker in den Bildungsdepartementen und die Politik. In der Umfrage melden sich jetzt die Schulpraktiker zu Wort. Sie wissen, wie der Alltag in den Schulzimmern aussieht, denn sie stehen jeden Tag vor den Klassen. Ihr Votum ist klar: Die Idee einer «Volksschule für alle» ist gescheitert. Die Teilnehmer der Umfrage konnten auf einer Skala von 0 (trifft überhaupt nicht zu) bis 10 (ja, auf jeden Fall) bewerten, ob und wie stark sich die Integration auf das Leistungsniveau auswirkt. Ergebnis: Über 70 Prozent setzten einen Wert zwischen 7



und 10. Sie geben also an, dass stark störende Schüler zu einer erheblich schlechteren Leistung der ganzen Klassen führen. Eine Befürchtung, die viele Eltern beschäftigt.

«Hat die Integration von Schülern und Schülerinnen in Regelklassen, die den Unterricht nicht stören, aber einen sehr hohen Betreuungsbedarf haben, einen Einfluss auf ein durchschnittlich tieferes Leistungsniveau der Klasse?»

Um diese Frage zu beantworten, stand den Lehrerinnen und Lehrern die gleiche zehnstufige Bewertungsskala zur Verfügung. Resultat: Der Einfluss dieser Schüler auf die durchschnittliche Leistung der Klasse wird als deutlich geringer eingestuft als bei den verhaltensauffälligen Schülern. Das heisst: Die Auswirkungen der Kinder mit hohem Sonderbedarf auf die Gspändli sind weniger ausgeprägt, auch wenn die Lehrpersonen für Schülerinnen und Schüler mit hohem Betreuungsbedarf viel Zeit investieren müssen.

«Soll die integrative Beschulung überdacht und korrigiert werden?»

Das wuchtige Votum: Rund 90 Prozent der Befragten sehen Handlungsbedarf und fordern Anpassungen. Sie beantworten die Frage also mit Ja oder eher Ja. Nur zehn Prozent finden: weitermachen wie bisher. Jene, die Korrekturen nötig finden, beschäftigt vor allem, dass sich Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen und Lernbehinderungen im Unterricht in der Regelklasse oft nicht wohlfühlen würden, weil sie merken, dass sie nicht mithalten können. Die inklusive Schule habe auch Folgen für die Lehrerinnen und Lehrer – viele würden schlicht verheizt.

«Sollen flächendeckende Kleinklassen wieder eingeführt werden?»

Auch hier ist das Ergebnis der Umfrage klar: Gut 85 Prozent sind dafür. In Kleinklassen sollen Schülerinnen und Schüler, die dem Unterricht – aus welchen Gründen auch immer – nicht folgen können, sowie Kinder mit hohem Betreuungsbedarf von speziell geschultem Personal unterrichtet werden. Jeder Dritte wünscht sich zudem Spezialklassen für Schüler, die den Unterricht häufig und stark stören.

In manchen Gemeinden, in denen die früheren Kleinklassen abgeschafft wurden, greift die Lehrerschaft zur Selbsthilfe – sie gründen Lerngruppen für Schüler mit Sonderbedarf. Vielerorts werden die immer häufiger gemeldeten Probleme auch so zugekleistert: Man führt immer mehr Stütz- und SOS-Lektionen ein – sofern man dafür überhaupt Personal findet. Eine Schule in einer Seelandgemeinde im Kanton Bern beansprucht derzeit 272 Lektionen Spezialunterricht, was umgerechnet in Unterrichtszeit neun Klassen entspricht. Und das bei insgesamt 20 Klassenzügen an der Schule.

Viele Eltern beschäftigt die Sorge, dass ihr Kind wegen der zum Teil chaotischen Zustände im Klassenzimmer auf der Strecke bleibt. Weil manche Lehrer nicht mehr genügend Zeit für alle haben – oder auch keine Chance, Ruhe in den Unterricht zu bringen.

Das beschäftigt auch Schulpraktiker selber. Wie jene Lehrperson, die in der Umfrage in ein Kommentarfeld schrieb: «Neben den Bedürfnissen der leistungsschwachen und vor allem der stark störenden Schülerinnen und Schüler müssen auch die Bedürfnisse der leistungswilligen Kinder berücksichtigt werden – es darf nicht sein, dass eine ganze Generation eine schwache Ausbildung erhält, nur weil ein Teil der Schülerschaft übermässige Aufmerksamkeit und Energie beansprucht.»



Kantonsrat will Lehrpersonen entlasten

Tages-Anzeiger, 1. Oktober 2024, Zürich, Pascal Unternährer

Lehrkräftemangel • Mehr Zeit fürs Vorbereiten von Unterrichtslektionen, flexiblere Klassengrößen, stärkere Schulleitungen: Das Parlament zeigt ein Herz für Zürcher Lehrerinnen und Lehrer.

Vor gut zwei Jahren akzentuierte sich der Lehrpersonenmangel erneut, und die Politik suchte Rezepte dagegen. Die SP lancierte damals einen ganzen Strauss an Ideen, wie die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer verbessert werden könnten. Das Ziel: die aktuellen Lehrpersonen im Job behalten und möglichst viele Menschen fürs Lehrstudium gewinnen. Diese Vorstösse hat das Kantonsparlament gestern behandelt - und der SP recht gegeben. Zumindest teilweise.

Einen Erfolg erzielte die Partei mit einem Dauerbrenner der Bildungspolitik. Seit Einführung des sogenannten Lektionenfaktors fordert die Lehrerschaft eine Erhöhung. Konkret: Für die Vorbereitung, die 45 Minuten Unterricht und für das Korrigieren nach der Lektion sollen die Lehrpersonen nicht mehr nur 58 Stunden im Jahr erhalten, sondern 62 Stunden. Anders ausgedrückt: Für die Vor- und Nachbearbeitung einer Lektion wären neu gut 50 statt 44 Minuten bezahlt.

300 Stunden Überzeit

«Es braucht Zeit für guten Unterricht und fürs Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler», argumentierte die Adliswilerin Carmen Marty Fässler (SP), die selber Primarlehrerin ist. Mit dem gültigen Lektionenfaktor häuften die Lehrpersonen Überzeit an, diesen Missstand gelte es zu entschärfen.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren), ebenfalls Primarlehrerin, rechnete vor, dass jede Lehrperson mehr als 300 Stunden im Jahr gratis arbeitet. Das habe die letzte Arbeitszeiterhebung ergeben. «Der Lehrpersonenmangel ist also hausgemacht», sagte sie. «Lösen wir das Überzeitproblem.» Positiv äusseren sich auch die Rednerinnen und Redner von GLP, EVP und AL.

Dagegen hielten die bürgerlichen Parteien. Marc Bourgeois (FDP, Zürich) kritisierte, die Linke kenne stets nur ein Rezept gegen Probleme: mehr Geld. Denn darauf laufe die Forderung hinaus. Bourgeois bezifferte die Mehrkosten für den erhöhten Lektionenfaktor mit 100 Millionen Franken.

Tobias Infortuna (SVP, Egg) argumentierte, die Erhöhung bringe «keine Sekunde weniger Stress» für die Lehrpersonen. «Sie werden einfach ein bisschen besser entlohnt.»

Als klar war, dass sich die Mitte ebenfalls gegen den Vorstoss stellt, wurde es spannend. Beide Lager haben gleich viele Stimmen, wobei die Linke leicht im Vorteil ist, weil SVP-Ratspräsident Jürg Sulser jeweils nicht mitstimmt. Da aber die rechte Ratsseite Absenzen zu beklagen hatte und die linke vollzählig war, gewannen SP und Alliierte mit 90:86 Stimmen.

Zeichen an Schulleitungen

In trockenen Tüchern ist das Anliegen aber noch nicht. Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) hatte bereits reagiert und anlässlich des sogenannten neuen Berufsauftrags eine Mini-Entlastung für Junglehrerinnen und -lehrer vorgeschlagen. Das Gesetz, in dem der Lektionenfaktor aufgeführt ist, wird jetzt in der Bildungskommission des Kantonsrats beraten. Diese hat nun vom Plenum immerhin eine Willensäusserung erhalten.

Noch knapper wurde es beim SP-Erfolg Nummer 2: Mit 87:86 Stimmen befürwortete das Parlament eine Besserstellung der Schulleitungen - in der Annahme, dass dies auch den Lehrpersonen zugutekommt. Das Parlament hat in diesem Fall sogar eine verbindliche Motion überwiesen, wobei auch hier gilt: Die Bildungsdirektorin hat mit der Überarbeitung des Berufsauftrags von Lehrpersonen bereits vorgeschlagen, die Pensen der Schulleiterinnen und Schulleiter zu erhöhen und den Lohn anzuheben.

Erfolg Nummer 3 erzielte die SP wiederum mit einem weniger verbindlichen Postulat. Dieses wurde mit 90:86 Stimmen überwiesen und fordert mehr Flexibilität bei den Klassengrößen.



Begründet wurde dies vor allem mit der steigenden Heterogenität in den Klassen, welcher fixe Zahlen zu wenig genüge tue.

Einen Start-Ziel-Sieg konnte die SP dennoch nicht verzeichnen. Als es um Entlastungslektionen für ältere Lehrpersonen, weniger Administration und mehr Anstrengungen zugunsten von Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteigern in den Lehrberuf ging, gingen einzelne Alliierte wie etwa die Grünen fremd. Drei der sechs Vorstösse aus dem SP-Paket wurden sodann abgelehnt.

«Ich wäre für ein Handyverbot»

Tages-Anzeiger, 25. September 2024, Zürich, Nina Fargahi und Fabienne Sennhauser

Oberste Bildungsdirektorin • Was tun gegen Probleme im Klassenzimmer? Silvia Steiner sagt, wie sie gegen Chancenungleichheit und Personalmangel vorgeht - und was sie echauffierten Eltern rät.

Silvia Steiner, Zürcher Bildungsdirektorin und Präsidentin der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), verteidigt die scharf kritisierte integrative Schule. Sie sagt, die dauerhafte Separation von Schulkindern sei keine Lösung und die Rückkehr zu Kleinklassen führe zu Mehrkosten und Personalengpässen. Im Interview spricht die Mitte-Politikerin und studierte Rechtswissenschaftlerin ausserdem über fordernde Eltern, Smartphones an Schulen und ungerechte Voraussetzungen bei der Gymiprüfung.

Frau Steiner, die FDP erklärt die integrative Schule für gescheitert. Hat sie recht?

Ich begrüsse es, dass sich eine staatstragende Partei wie die FDP mit der Bildung auseinandersetzt. Die Integration von Schülerinnen und Schülern ist allerdings ein gesetzlicher Auftrag. Ich kann ganz schlecht mit der Forderung umgehen, dass man Kinder dauerhaft separieren soll. Das verbieten auch das Behindertengleichstellungsgesetz und die UNO-Kinderrechtskonvention.

Gesetze sind aber nicht sakrosankt und lassen sich ändern, wenn die Stimmbevölkerung das möchte.

Unsere Erfahrung ist, dass man Kinder, die die ganze Volksschulzeit separiert unterrichtet worden sind, in der Berufsbildung nur schwer wieder integrieren kann. Das gelingt fast nie. Eine solche Separation ist wie ein lebenslanges Verdikt. Ich bin überzeugt, dass wir den Weg der Integration von allen Mitgliedern in unserer Gesellschaft, egal in welchem Lebensbereich, vorantreiben müssen. Wenn uns das ausgerechnet bei den Kindern nicht gelingt, schaffen wir es nirgendwo.

Eine Separation kann in manchen Fällen auch sinnvoll sein.

Wenn es Gründe gibt, die eine Separation nötig machen, dann ist das heute möglich. Im Gegensatz zu Basel haben wir in Zürich eine Grundlage für eine Sonderschulung oder Separation - aber immer nur zeitlich beschränkt. Das Ziel muss immer sein, dass man die Kinder so rasch als möglich wieder integriert.

Allerdings zeigen repräsentative Umfragen, dass eine grosse Mehrheit der Stimmbevölkerung eine Wiedereinführung der Kleinklassen begrüssen würde.

Im Kanton Zürich besteht schon heute die Möglichkeit, eine Form von Förder- oder Kleinklassen zu bilden. Es gibt auch Schulinseln oder Förderzentren. Der Regierungsrat hat einen Vorschlag gemacht, den «erweiterten Lernraum» im Volksschulgesetz zu verankern. Die Förderklasseninitiative der FDP würde hingegen erhebliche Mehrkosten verursachen. Und wir hätten auch das Personal dafür nicht. Diese Initiative ist nicht kostenneutral umsetzbar.

Trotzdem sind die Probleme in den Volksschulen gewaltig, viele Lehrerinnen und Lehrer sind am Limit.

Die Lehrpersonen sind seit je sehr stark auf ihre Klasse ausgerichtet. Aber oftmals sind die Ressourcen und Lösungen nicht im Klassenzimmer zu finden, sondern ausserhalb. Dafür haben wir ja



eigentlich unsere Schulen angepasst. Wir haben Schul- leitungen und die Möglichkeiten, Fachleute beizuziehen. Viele Lehrpersonen haben den hohen Anspruch an sich selbst, alle Probleme allein zu lösen.

Neben den Ansprüchen, die Lehrpersonen an sich selbst haben, gibt es auch einen Berufsauftrag, der sich in den letzten Jahren stark gewandelt hat.

Das ist wohl die grösste Veränderung: Die gesellschaftliche Individualisierung hat auch vor den Klassenzimmern nicht haltgemacht. Das alte Pestalozzi-System, bei dem vierzig Kinder vor einem Lehrer sitzen und artig zuhören, gibt es längst nicht mehr. Heute gilt es, jedes Kind nach seinen Möglichkeiten und Kompetenzen zu fördern. Das ist natürlich sehr aufwendig, eine gewisse Gelassenheit täte hier gut. Letztlich müssen wir auf die Resultate schauen: Im Kanton Zürich haben 92 Prozent aller 25-jährigen Erwachsenen einen Abschluss der Sekundarstufe II. Das heisst, entweder eine abgeschlossene Berufslehre oder eine gymnasiale Matur. Unsere Jugendarbeitslosenquote liegt bei unter 3 Prozent. Bei uns werden also fast alle gebraucht, die die Schule durchlaufen haben.

Trotzdem haben 40'000 Jugendliche in der Schweiz keinen Abschluss der Sekundarstufe II.

Unser Ziel ist es, jedem Kind in der Schule gerecht zu werden. Das ist ein hoher Anspruch, den wir nicht immer einlösen können. Wir werden es nie schaffen, dass alle Kinder zum gleichen Zeitpunkt nach elf Jahren Schule genau die gleichen Kenntnisse haben. Denn die Kinder treten mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen in die Volksschule ein. Aber wir haben eine Durchlässigkeit im System, die ermöglicht, verpasste Chancen später wettzumachen.

Kinder aus privilegiertem Elternhaus profitieren besonders vom Schweizer Bildungssystem, wie neue Datenanalysen zeigen.

Ein gutes Elternhaus ist eine gute Basis für eine erfolgreiche Schulkarriere. Unser Bildungssystem kann daran nichts ändern. Schwieriger wird es, wenn Eltern ihren Nachwuchs besonders in der frühkindlichen Phase - wenn sie also allein zuständig sind - nicht genug unterstützen und fördern können. Die Hypotheken werden vor allem zu diesem Zeitpunkt verteilt, also ganz früh im Leben eines Kindes. Und nicht später, wenn es darum geht, ob ein Kind mit zwölf Jahren die Gymiprüfung macht oder nicht.

Das Problem sind aber auch Eltern, die ihre Kinder auf Biegen und Brechen ins Gymi bringen wollen. Das sagen auch Bildungsexperten.

Wir können den Eltern nicht verbieten, ihre Kinder zu fördern. Und wenn ein Kind teuren Nachhilfeunterricht erhält und danach die Gymiprüfung besteht, ist das nicht negativ zu werten. Natürlich ist es ungerecht, wenn sich eine andere Familie den Nachhilfeunterricht nicht leisten kann. Das treibt mich auch um, und ich bin froh, wenn die Schulen selber Vorbereitungskurse anbieten. Aber das Bildungssystem kann nur dafür sorgen, für jedes Kind die Möglichkeiten bereitzuhalten, irgendwann eine Ausbildung zu haben und es in ein autonomes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Das muss unser Ziel sein. Im übertragenen Sinn: Unser Bildungssystem kann nicht allen einen Ferrari geben, aber allen einen VW oder ein gutes Velo.

In Zug klagten Eltern, die mit den Noten ihres Sohnes nicht einverstanden waren, bis ans Bundesgericht. Ist das ein generelles Phänomen, dass Eltern die Einschätzungen der Lehrpersonen nicht mehr akzeptieren?

Eltern haben zu Recht hohe Erwartungen an die Schule. Sie wollen oft, dass es ihrem Nachwuchs besser ergeht, als es ihnen selbst ergangen ist. Und sie stehen vorbehaltlos hinter ihrem Kind, was diesem auch zusteht. Dadurch sind sie natürlich nicht objektiv. Das kann zu Divergenzen zwischen der Schule und den Eltern führen, auch wenn beide Parteien eigentlich das Gleiche im Sinn haben: nämlich das Beste für die Kinder.

Und dann wird auch mal der Anwalt mit zum Elterngespräch genommen.

Das kommt vor, ist aber nicht die Regel. Bei den Eltern ist es genau so wie bei den Kindern: Es gibt «Systemsprenger». Die Eltern sind genauso divers wie die Kinder. In solchen Fällen braucht es gute Schulleitungen, die die Lehrpersonen unterstützen und ihnen Rückendeckung geben.



Das kommt auch im Vorschlag für den überarbeiteten Berufsauftrag zum Ausdruck. Die Schulleiterinnen und Schulleiter erhalten 30 Prozent mehr Ressourcen und mehr Lohn. Die Ressourcen für die Lehrpersonen sollen praktisch nicht erhöht werden. Warum?

Wir können nicht nach dem Giesskannenprinzip quer über alle Beschäftigungsgruppen zusätzliche Ressourcen verteilen. Das wäre finanziell nicht stemmbar, und wir hätten auch nicht genügend Lehrpersonen. Darum haben wir uns entschieden, bei den Systemträgern zu reagieren. So haben wir etwa auch die Ressourcen der Klassenlehrpersonen erhöht. Klassenlehrpersonen machen etwa 60 Prozent aller Lehrpersonen aus. Sie haben im Durchschnitt auch höhere Arbeitspensen. Und nochmals: Die Schulleitungen sind aus meiner Sicht wirklich zentral. Es ist ihre Aufgabe, die Ressourcen und Gelder, die vom Kanton und von der Gemeinde kommen, bestmöglich einzusetzen, um die Lehrpersonen zu entlasten.

Fachleute warnen, dass Smartphones Kinder krank machen und wollen ein Verbot auch auf dem Pausenplatz, nicht nur im Unterricht. Was halten Sie davon?

Während der Corona-Pandemie hat die Schule einen Digitalisierungsschub erfahren. Verbunden auch mit intensiven Forderungen aus Politik und Wirtschaft, dass die Schule endlich vorwärtsmachen soll. Und jetzt muss sich das wieder einpendeln. Man kann digitale Zusammenhänge auch über analoge Fertigkeiten lernen. Mit der Klasse im Wald ein Feuer machen und bräteln, das fördert auch Kompetenzen, die es in unserer Gesellschaft braucht. Und unsere Lehrpersonen setzen durchaus analoge Elemente im Schulzimmer ein.

Wenn Sie Schulleiterin wären, gäbe es an Ihrer Schule ein Handyverbot?

Persönlich wäre ich für ein Handyverbot. Ich sehe nicht ein, warum es im Unterricht oder auf dem Pausenplatz ein Handy braucht - Ausnahmen ausgenommen. Mit den Handys haben wir unsere zwischenmenschliche Kommunikation ein Stück weit verlernt. Das finde ich schade. Ich glaube allerdings nicht, dass es ein generelles, von der Politik verordnetes Verbot braucht. Das müssen die Schulen selber entscheiden. An den meisten Schulen gibt es bereits klare Regelungen zur Handynutzung.

Keine falsche Pädagogik, sondern die Absenz jeglicher Pädagogik

Condorcet Bildungsperspektiven, 30. September 2024, Alain Pichard

Tagung der Ostschweizer Kinderärzte in St. Gallen zum Thema «Lerncoach oder Bandenchef». Unsere Condorcet-Autorin Christine Staehelin trat zusammen mit dem Bochumer Professor Ricken in Rahmen der Veranstaltungsreihe der Ostschweizer Kinderärzte in St. Gallen auf. Alain Pichard war dabei und verliess die Veranstaltung mit einem wohl unerfüllbaren Wunsch.



Die Veranstaltungsreihe der Ostschweizer Kinderärzte ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Einerseits lässt die Tatsache aufhorchen, dass hier seit Jahren fachfremde Berufsleute – nämlich Kinderärzte – eine Bildungsreihe organisieren, andererseits gelingt es den Organisatoren immer wieder, namhafte und profilierte Persönlichkeiten für einen Auftritt zu gewinnen. Und ebenso auffallend ist auch, dass gerade zu bildungspolitisch umstrittenen Themen auch Leute eingeladen werden, die einen prononciert anderen Kurs verfolgen als die Allianz von Wissenschaft, Verwaltung und Politik.

So traten denn auch des Öfteren Condorcet-Autoren wie Jochen Krautz, Carl Bossard, Beat Kissling oder Walter Herzog an diesen Podien auf. Am Mittwoch, den 25. September kam diese Ehre Christine Staehelin zu. Als Primarlehrerin in Basel-Stadt hätte man nun erwarten können, dass sie uns einige Dinge aus ihrer tagtäglichen Praxis erzählt und die Rolle der wissenschaftlichen Einordnung dann vom Herr Professor vorgenommen wird.

Diese stereotype Annahme wurden von der Referentin nicht erfüllt. Christine Staehelin ist zwar seit 37 Jahren Primarlehrerin, hat aber daneben noch Erziehungswissenschaften (bei Prof. Reichenbach) studiert, wirkte als wissenschaftliche Mitarbeiterin im LCH und ist auch im Basler Bildungsrat vertreten. Sie verfügt daher auch über umfangreiche Kenntnisse in der Bildungsforschung und ist in der Lage, die bildungspolitischen Postulate wissenschaftsbasiert und kritisch zu analysieren.

Das Thema war die Individualisierung des Unterrichts, eines der vielen Zauberworte der gegenwärtigen Bildungsdebatte. Staehelin begann zuerst mit drei Fragen:

- Warum wird gefragt?
- Wonach wird gefragt?
- Wonach wird nicht gefragt?

Warum gefragt wird, ist klar: Traditionelle Klassenzimmer verschwinden, an deren Stelle treten Lernräume, so genannte Lernlandschaften, die das individualisierte Lernen ins Zentrum stellen.



Gleichzeitig verschwinden damit auch die Lehrerinnen und Lehrer, sie werden zu Lerncoachs, welche Lernprozesse begleiten, Lerntechniken und Lernstrategien vermitteln und individuelle Coachinggespräche führen.

Der Lerncoach

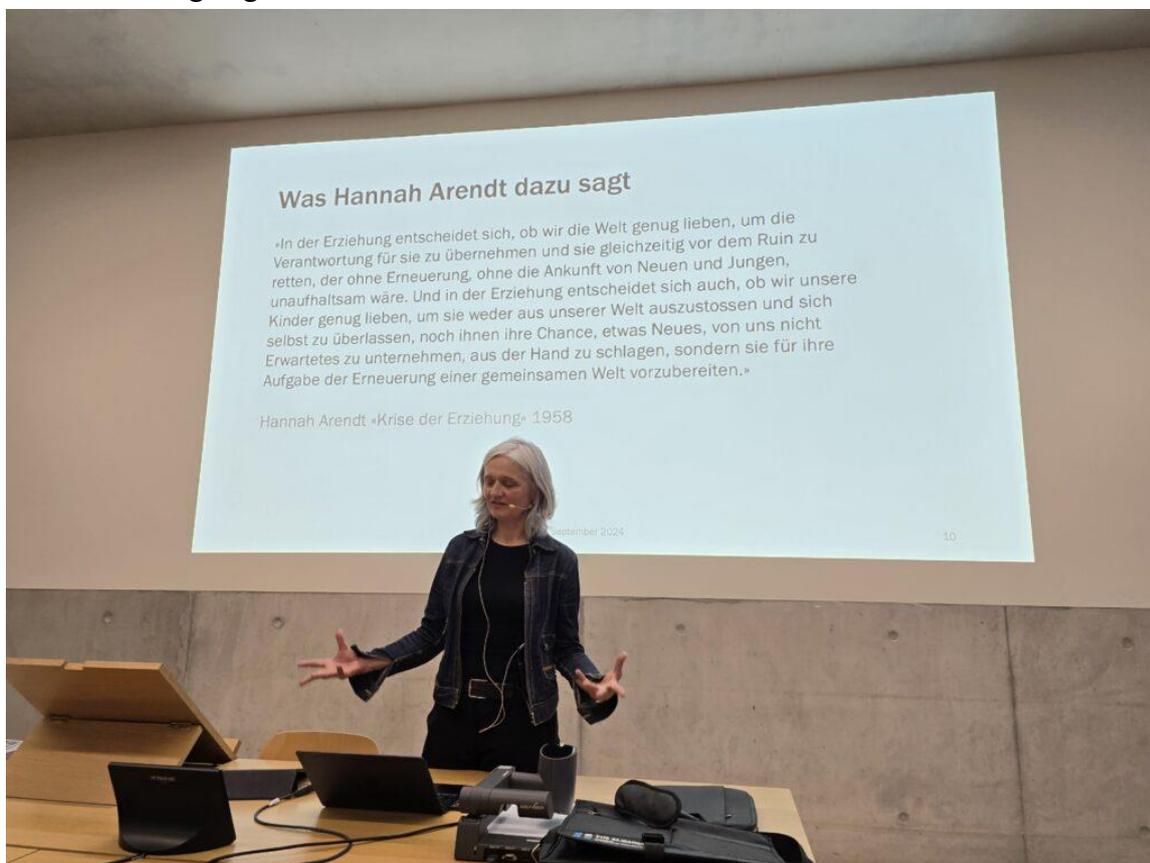
- Er steuert, begleitet und evaluiert die individuell und kollektiv gestalteten Lernprozesse.
- Sein Ziel ist, dass Lernende erfolgreich und kompetent lernen können.
- Er gestaltet einen Unterricht, der konsequent vom Lernprozess her gedacht wird.

Beschrieb CAS Lerncoach PHFHNW

«Ein:e Lernbegleiter:in unterstützt Schüler:innen dabei, die Freiheiten offener Lernformen verantwortungsvoll zu nutzen, den eigenen Lernprozess selbstbestimmt zu gestalten und entsprechende Hilfestellungen zu geben. Das bedeutet ebenso, dass die fachliche Rolle der Lehrkraft stärker in den Hintergrund rückt.»

Judith Holle Blog Schule21

Tieferliegende Begründungen gehen dahin, «dass sich gleichzeitig die Heterogenität in den Klassen aufgrund der integrativen Schule vergrößert hat. Lehrerinnen und Lehrer haben zunehmend das Gefühl, nicht mehr allen gerecht werden zu können. Individualisiertes, selbstorganisiertes und eigenverantwortliches Lernen in Lernlandschaften kann als mögliche Antwort auf diese Herausforderungen gesehen werden.»



Die Idee des selbstorganisierten Lernens suggeriere eine nicht vorhandene Freiheit der Schülerinnen und Schüler, die in Wirklichkeit in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen.



Das bedarf einer zwingend neuen Rolle der Lehrkraft. Gefragt sind fortan Lerncoaches, die den Lernprozess moderieren, wahlmöglich mit Hilfe digitaler Algorithmen. Was ist ein Lerncoach? Per offizieller Definition tritt er stets in Verbindung mit Lernlandschaften auf, d.h. mit einer Unterrichtsform, bei welcher neben Inputlektionen das selbständige Lernen im Zentrum steht.

«Neben der Fokussierung auf das Lernen wird den Schülerinnen und Schülern hier sehr viel zugemutet, indem die Mündigkeit, welche eigentlich das Ziel von Bildung und Erziehung ist, hier bereits als Voraussetzung gegeben wird.»

Gnadenlos sezierte Staehelin die Widersprüchlichkeit dieser pädagogisch geklitterten Neusprechhülsen: «Neben der Fokussierung auf das Lernen wird den Schülerinnen und Schülern hier sehr viel zugemutet, indem die Mündigkeit, welche eigentlich das Ziel von Bildung und Erziehung ist, hier bereits als Voraussetzung gegeben wird.»

Die Idee des selbstorganisierten Lernens suggeriere eine nicht vorhandene Freiheit der Schülerinnen und Schüler, die in Wirklichkeit in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen.

Der Grund liege in der Asymmetrie der Lernorganisation, die ja nicht verschwindet.

Das interessante, was die Forscherinnen herausfanden, ist, dass in den Coachinggesprächen in Tat und Wahrheit irritierende Umformungen von pädagogischen Praktiken stattfinden.

Und so «bleibt deshalb die Frage, inwiefern die Schule noch eine pädagogische Institution bleibt, wenn die Verantwortung für das eigene Fortkommen zunehmend an die jüngere Generation übergeben wird und wenn so getan wird, als wüsste diese selbst am besten, was für sie gut ist und als könnte sie tatsächlich frei darüber entscheiden, wie sie sich verhalten und was sie gerne lernen würden.»

Die Folgen sind dementsprechend verheerend. Staehelin stellte dazu die Studie von Hangartner und Fankhauser auf, die untersuchten, was geschieht, wenn Lehrerinnen und Lehrer zu Lerncoaches werden. Dabei wurden fünf Schulen untersucht, welche auf ein Schul- und Unterrichtssetting setzen, das die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler ins Zentrum stellt. «Die Berater sind zum Zuhören verpflichtet. Nur, wenn der Lerncoach in erster Linie zuhört, worin liegen dann die Ziele des Gesprächs? Sind sie tatsächlich ergebnisoffen? Ist es tatsächlich so, dass die Lerncoaches nicht auch in irgendeiner Form auf die Schülerinnen und Schüler einwirken wollen? Was sagen sie, wenn ein Schüler sagt, er habe einfach keine Lust auf Lernen? Auf das Lösen von Aufgaben? Er komme zu spät, weil er am Morgen so müde sei. Er könne sich nicht konzentrieren, darum könne er auch nicht länger an einer Aufgabe dranbleiben.»

Das interessante, was die Forscherinnen herausfanden, ist, dass in den Coachinggesprächen in Tat und Wahrheit irritierende Umformungen von pädagogischen Praktiken stattfinden.

«Aus einem Befehl wird ein Vorschlag: Könntest du dich selbst etwas mehr unter Druck setzen?

Einwirkung versteht sich als Unterstützung: Ich fände es gut, wenn du beim nächsten Mal alle Unterschriften rechtzeitig einholen würdest.

Zielvorgaben verstehen sich als Angebote: Es werden Aufgaben bereitgestellt, welche die Schülerinnen und Schüler lösen können, doch am Ende wird erwartet, dass alle diese am Ende der Woche gelöst haben.

Am Schluss beschreiben die Autorinnen, dass „der Coach auch im intimen Zweiergespräch eine Autorität bleibt“.



Zusammenfassend könnte man sagen, das zwar so getan wird, als würde ein horizontales Gespräch mittels einer symmetrischen Beziehung angestrebt, doch die Realität zeigt, dass die Asymmetrie bestehen bleibt, auch wenn so getan wird, als handle es sich hier um ein Gespräch unter Gleichen.»

Mit anderen Worten, es sind keine Lerngespräche, es handelt sich vielmehr um MAG's, in denen es um reine Anpassungsleistungen geht, um konformes Verhalten im Sinne der Bildungsideologen und ganz sicher nicht um inhaltliche Substanz, um das Verstehen oder das Erkennen von Lösungen.

Christine Staehelin endet mit der Feststellung: Hier handelt es sich nicht um eine «falsche Pädagogik» sondern um die Absenz jeglicher Pädagogik.

Und der Chronist dieser Veranstaltung verlässt den Saal mit einem wohl unerfüllten Wunsch. Möge doch so ein Referat einmal im Rahmen einer PH-Vorlesung stattfinden.

Im 2. Teil stellt uns Alain Pichard die Thesen von Professor Dr. Norbert Ricken vor, der im Anschluss an Christine Staehelin sein Referat hielt.

Die Lernprozesse sind's, nicht die Strukturen!

Journal 21, 29. September, Carl Bossard

Die Lehrerverbände propagieren weiterhin radikale Strukturreformen. So wollen sie den Defiziten entfliehen, die sie mitverursacht haben. Doch es liegt nicht an den Strukturen, es liegt an der Wirksamkeit der Schule – und die beginnt im Klassenzimmer. Das bildungspolitische Grundsatzpapier der FDP ist kein Zufall.

Bildung ist wichtig. Das sagen alle. Und die Schweiz lässt sich dieses Gut etwas kosten: 41,3 Milliarden Franken haben Bund, Kantone und Gemeinden 2021 für Bildungszwecke ausgegeben, fast doppelt so viel wie noch 2000. Damals waren es 22,1 Milliarden. Wir leisten uns das teuerste Bildungssystem der Welt. Aus gutem Grund: Bildung ist für unser Binnenland existenziell.

Interesse an unwirksamen Oberflächenmerkmalen

Die Schweiz investiert viel. Und doch verlangt Dagmar Rösler, die oberste Lehrerin der Schweiz, bei jedem Problem im Schulalltag stets nur Eines: «Mehr Geld! Mehr Ressourcen!» Das Additive im Finanziellen! Gebetsmühlenartig kommt dieser Ruf über ihre Lippen. Seit Jahren. Gleichzeitig plädiert sie als Zentralpräsidentin der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) permanent für weitere und zum Teil radikale Strukturreformen – zusammen mit Thomas Minder, dem Verbandspräsidenten der Schulleiter Schweiz (VSLCH).

Beide setzen Bildung mit ihrer Reform gleich – wie wenn Strukturinnovationen alle Probleme lösen könnten. Dabei bewegen sie sich auf der Makroebene, einem für den Unterrichtserfolg unwesentlichen Bereich; beiden sind Oberflächenmerkmale wichtig, Äusserlichkeiten. Es sind Strukturreformen, die sie forcieren, wie beispielsweise das Abschaffen der Noten und das Weglassen der Hausaufgaben, das Auflösen des Klassenverbandes oder die Elimination der Selektion.

Das verstehende Lernen und Lesen fördern

Die Exponenten von LCH und VSLCH kümmern sich primär um Strukturfragen auf der Makroebene. Doch das ist Kosmetik und hat wenig mit den Prozessen des Denkens, Verstehens und Könnens zu tun. Bildungswirksam sind die Tiefenmerkmale der Lernprozesse. Das wissen wir aus der Unterrichtsforschung. Doch davon hören wir von beiden kaum etwas. Dabei legen uns Forschungsergebnisse aus der Bildungswissenschaft längst eine (Rück-)Besinnung auf den Kern der Schule, auf lernwirksames Unterrichten, nahe. Es sind die Wege zur Erkenntnis, die Lernpfade des Denkens und Verstehens und des Eindringens in eine Sache, die wichtig wären.

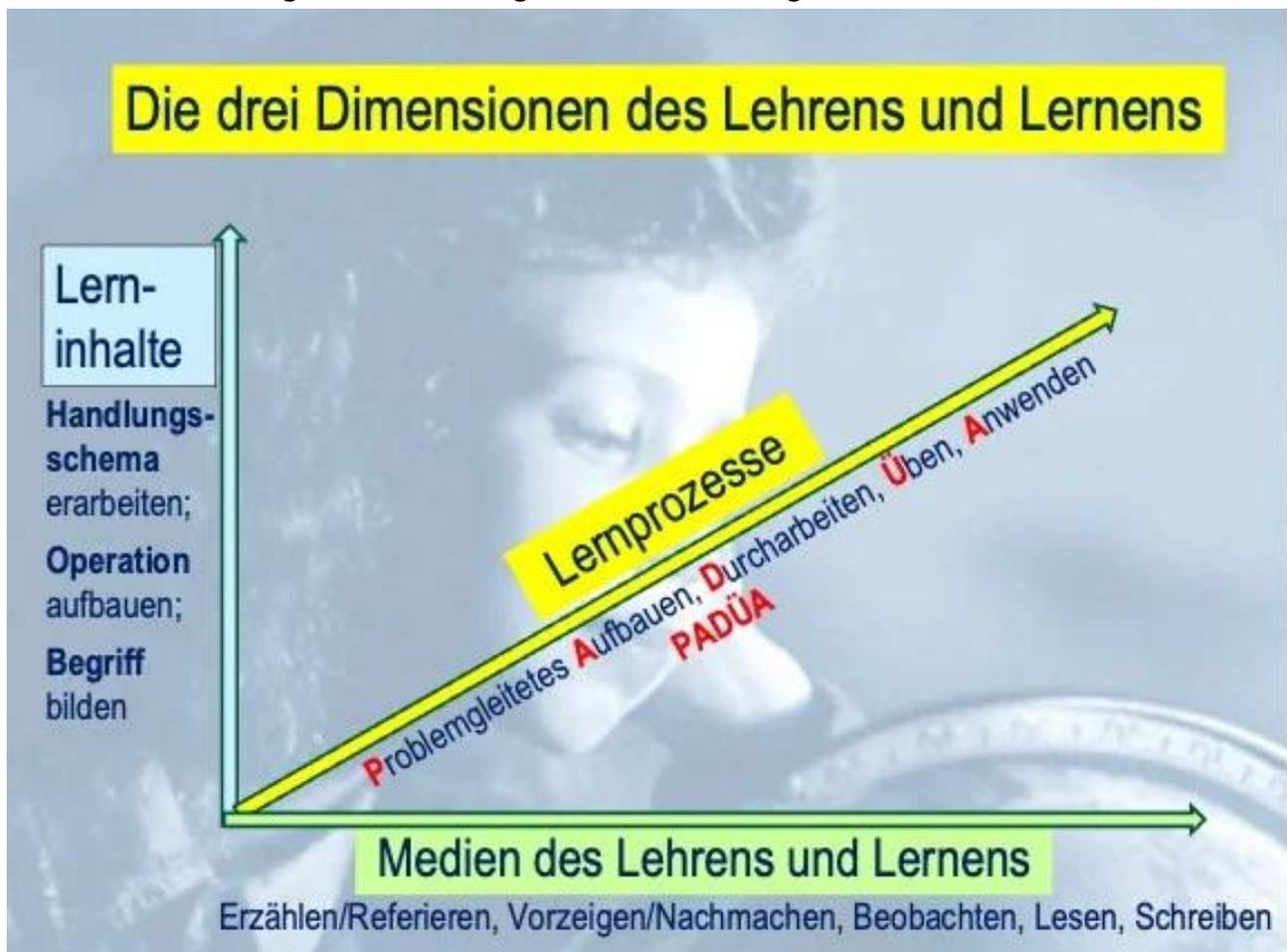


Doch wie kommt es zu diesen Prozessen des verstehenden Aneignens und Anwendens von Wissen und Können? Wie entstehen Erkenntnisvorgänge, wie entstehen Einsichten und Zusammenhangwissen? Welche Form von Unterricht fördert das verstehende Lernen? Und das so bedeutsame «verstehende Lesen»? Das müsste die Lehrerverbände doch interessieren! Da hinein müssten sie zoomen! Und zwar konsequent. Davon aber hören wir kaum etwas.

Lernprozesse: systematisch aufgebaut und strukturiert

Aus der Lernpsychologie kennen wir die Phasen des klassischen Lernprozesses. Es geht beim Lernen stets um das problemgeleitete Aufbauen des neuen Wissens und Könnens mit dem Erkennen und Verstehen – beispielsweise des anspruchsvollen Zehnerübergangs. Das sind komplexe Vorgänge, ebenso wie das Durcharbeiten mit dem Konsolidieren und Festigen: das Behalten. Dazu kommen das Üben und Wiederholen und das Abrufen und Anwenden des Gelernten in unterschiedlichen Situationen.

Der Lernforscher und Berner Hochschullehrer Hans Aebli hat dafür das Akronym PADÜA geprägt: **p**roblemgeleitetes **A**ufbauen, **D**urcharbeiten, **Ü**ben, **A**nwenden.¹ Das alles sind systematisch aufgebaute, strukturierte und angeleitete Lernprozesse. Aebli kombiniert sie mit fünf verschiedenen Medien – darunter Sprechen, Lesen und Schreiben – und den entsprechenden fachlichen Lerninhalten. Hier liegt das Geheimnis guten Lernens verborgen.



Der systematisch aufgebaute Lernprozess mit Hans Aebli's PADÜA (Grafik: zVg)

¹ Hans Aebli (2019), *Zwölf Grundformen des Lehrens. Eine Allgemeine Didaktik auf psychologischer Grundlage. Medien und Inhalte didaktischer Kommunikation, der Lernzyklus*. 15. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 275ff.



Von der Entsystematisierung des Lernens

Schulische Wirksamkeit verlangt eine konsequente Systematik; es darf kein Zufallslernen geben. Darauf verweisen renommierte Lernforscher. Viele Lehrerinnen und Lehrer spüren aber, dass die zahlreichen Reformen der vergangenen Jahre das Lernen entsystematisiert haben, und zwar über die forcierte Individualisierung und das Selbstorganisierte Lernen SOL, die Abwertung der Lehrperson zum begleitenden Coach und durch die gesteigerte Heterogenität in den Klassen.

Vor dieser Entsystematisierung des Lernens haben namhafte Bildungsforscher schon früh gewarnt, u. a. Prof. Franz E. Weinert, Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für psychologische Forschung in München,² und der deutsche Erziehungswissenschaftler Prof. Andreas Helmke. Die Folgen zeigen sich in den internationalen Vergleichsstudien PISA oder beispielsweise in den Klagen von Lehrmeistern³ und Hochschuldozenten.⁴ Auch die rasante Zunahme privater Lerninstitute ist ein Alarmzeichen. Gefragt wären ein Gegenhalten und eine Konzentration auf lernwirksames Unterrichten mit klaren Verbindlichkeiten.

Konzentration auf den Kern der Schule

Doch die Verbindlichkeit dieser Lernprozesse nimmt ab. Viele spüren das, auch Eltern. Das bildungspolitische Grundlagenpapier der FDP Schweiz⁵ kommt nicht aus heiterem Himmel. Es ist eine Reaktion auf die nachlassende Wirkkraft der öffentlichen Volksschule.

Wir brauchen eine (Rück-)Besinnung auf das Eigentliche und Wesentliche von Unterricht, die Kernprozesse des Lernens. Sie liegen in den Tiefenmerkmalen. Darauf müssten sich die Lehrerinnen- und Lehrerverbände primär konzentrieren – und nicht auf Strukturfragen im Makrobereich. Das erforderte auch nicht dauernd mehr Ressourcen.

Veranstaltungshinweise

Digitale Hilfsmittel an den Schulen – nicht zu früh und mit Augenmass

Starke Volksschule Zürich, 4. November 2024

Referenten

Philipp Zopp, Sekundarlehrer, Wetzikon

Hedwig Schär, Primarlehrerin, Sirnach

Ort und Datum

Montag, 4. November 2024, 19:00

Bitte Termin reservieren – Genaue Angaben folgen.

² Franz E. Weinert (1996), Für und Wider die «neuen Lerntheorien» als Grundlagen pädagogisch-psychologischer Forschung. In: Zeitschrift für Pädagogische Psychologie, 10 (1), S.8f.

³ Nadja Pastega, «Es ist zum Teil erschreckend». In: SonntagsZeitung, 03.12.2023.

⁴ Dies., Jetzt können sogar Studierende nicht mehr richtig Deutsch. In: SonntagsZeitung, 27.11.2022.

⁵ <https://www.fdp.ch/positionen/bildung-forschung-innovation/bildung>[abgerufen: 27.09.2024]



Gewalt und Mobbing in der Schule - braucht es ein Fach Empathie?

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 20. November 2024

Referenten

Dr. phil. Maria Teresa Diez Grieser
(Psychotherapeutin, Zürich)

Simone Hunziker
(Krisenintervention, Uster)

Ort und Datum

Mittwoch, 20. November 2024, 18.30 – 20.30

OST – Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)

9000 St. Gallen

Grosser Plenarsaal, Parterre

